



Öffentliche Bekanntmachung
der Gemeinde Biebergemünd

Die nachstehende öffentliche Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Darmstadt wird hiermit gemäß § 6 Absatz 1 der Hauptsatzung der Gemeinde Biebergemünd veröffentlicht.

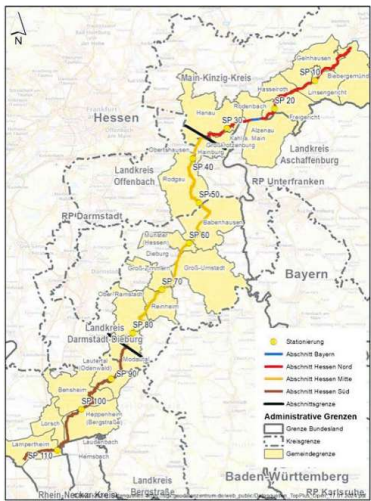
Biebergemünd, 07.01.2026

Der Gemeindevorstand
Der Gemeinde Biebergemünd
(B. Schum)
1. Beigeordneter

Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 43 ff. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V. m. §§ 73 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVG) für den geplanten Neubau einer Erdgasantriebsleitung, der Spessart-Ödenwald-Leitung (SPO), hier: Abschnitt Hessen-Nord (PLA) von der Ortslage Wirtheim (Gemeinde Biebergemünd) bis zur Ortslage Klein-Auheim (Stadt Hanau);

- Anhörungsverfahren

Die terranets bw GmbH plant für einen zukunftssicheren Ausbau ihres bestehenden Erdgasnetzes den Neubau der Erdgasantriebsleitung SPO mit einer Gesamtlänge von 117 km von Wirtheim/Biebergemünd bis Lampertheim in überwiegend Parallelführung zur bereits vorhandenen Mittel-Deutschland-Abzweigleitung (MDAL). Das Gesamtvorhaben umfasst vier Planfeststellungsabschnitte, wovon drei Abschnitte in Hessen liegen. Hessen-Nord von Wirtheim/Biebergemünd bis Klein-Auheim/Hanau (PLA), Hessen-Mitte von Klein-Auheim/Hanau bis Herchenrode/Modautal (PL-B), Hessen-Süd von Herchenrode/Modautal bis Lampertheim (PL-C) und den Abschnitt Bayern (PL-D). Für die SPO ist eine Nennweite von DN 1.000 sowie eine Druckstufe von PN 90 vorgesehen; die Leitung soll zudem wasserstoffready errichtet werden.



Die terranets bw GmbH hat vorliegend gemäß § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EnWG die Planfeststellung für den Abschnitt Hessen-Nord (PLA) beginnend mit dem Stationierungspunkt (SP) 0+000 bis zum SP 35+090 von der Ortslage Wirtheim/Biebergemünd bis zur Ortslage Klein-Auheim/Hanau einschließlich der dazugehörigen Betriebs- und Nebenanlagen gemäß § 43 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EnWG beim Regierungspräsidium Darmstadt beantragt. Für das Vorhaben ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen beinhaltet daher auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPG.

Der Abschnitt Hessen-Nord erstreckt sich über eine Länge von 35,1 km und umfasst außerdem die nachfolgend genannten wesentlichen Bestandteile:

- Erdgasantriebsleitung SPO, DN 1000,
- Verlegung von Kabelschutzhüllen und LWL-Begleitkabeln im Trassenverlauf,
- Bau einer Gasdruckregelmesanlage (GDRMA) sowie einer Molchstation mit Betriebsanlagen und Zufahrten am Standort Biebergemünd/Wirtheim,
- Bau von 4 Armaturgruppenanlagen (AG) mit Betriebsanlagen und Zufahrten AG Gelnhäuser (Standort Linsengericht), AG Sornborn (Standort Freigericht), AG Hanau (Standort Hanau), AG Maintal (Standort Hanau),
- Errichtung von drei Anschlussleitungen, die von der GDRMA Wirtheim sowie den Armaturgruppen Hanau und Maintal zu den Anschlusspunkten der nachgelagerten Netzbetreiber führen,
- Umlegung der Gashochdruckleitung Kinzigaltleitung der terranets bw

GmbH am Standort Wirtheim aufgrund der Errichtung der GDRMA Wirtheim,

- Rohrlagerplätze zur temporären Lagerung von Rohr- und Baustellmaterial,
- Schutzeinrichtungen gegen die Hochspannungsbeflischung,
- temporäre Arbeits- und Baustelleneinrichtungsflächen, Zuwegungen,
- Maßnahmen für die Bauwasserhaltung und Druckprüfung.

Durch das geplante Vorhaben sind in Hessen die Stadt Hanau, die Stadt Gelnhäuser, die Gemeinden Biebergemünd, Linsengericht, Hasselroth, Freigericht, Rodenbach und Großkrotzenburg im Main-Kinzig-Kreis sowie die Gemeinde Hanau im Kreis Offenbach sowie in Bayern die Stadt Alzenau und die Gemeinde Kahl am Main im Kreis Aschaffenburg betroffen. Für das Stadtgebiet Alzenau und das Gemeindegebiet Kahl am Main sind keine unmittelbaren Grundstücksanspruchnahmen vorgesehen; es entstehen durch das Vorhaben nur mittelbare Betroffenheiten durch Baulärm und die Ausscheidung von Abschnitten aufgrund der erforderlichen Grundwasserhaltung während der Bauphase.

Die Planunterlagen werden gemäß § 43a EnWG i. V. m. § 73 HVwVG durch Veröffentlichung im Internet für die Dauer eines Monats vom

12.01.2026 bis 11.02.2026

zur allgemeinen Einsichtnahme von den vom Vorhaben betroffenen Kommunen mittels Verlinkung auf die Internetseite des Regierungspräsidiums Darmstadt zugänglich gemacht.

Über folgenden Link auf der Internetseite der Gemeinde Biebergemünd <https://www.biebergemuend.de/> - Rubrik: Aktuelles - können die Planunterlagen für den Abschnitt PLA Hessen - Nord der SPO eingesehen werden.

Zeitgleich können die Planunterlagen direkt auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt unter <https://rp-darmstadt.hessen.de/> - Rubrik: Bekanntmachungen -> Energienetze bzw. dort unter folgendem Link aufgerufen werden:

<https://rp-darmstadt.hessen.de/veroeffentlichungen-und-digitales/oeffentliche-bekanntmachungen/energienetze/15122025-neubau-der-spassart-odenwald-leitung-spo-hier-abschnitt-hessen-nord-pla>

1. Alle, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, können sich bis **12.03.2026** (maßgeblich ist der Tag des Eingangs, nicht das Datum des Poststempels) beim Regierungspräsidium Darmstadt (Anhörungsbehörde), Dezernat III 33.1, Wilhelmstr. 1-3, 64283 Darmstadt (Postanschrift: Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei den auslegenden Städten und Gemeinden Biebergemünd, Gelnhäuser, Linsengericht, Hasselroth, Freigericht, Rodenbach, Hanau, Großkrotzenburg und Hanau in Hessen sowie in Bayern bei den auslegenden Kommunen Alzenau und Kahl am Main schriftlich oder zur Niederschrift zu den Planunterlagen äußern und Einwendungen erheben.

Äußerungen und Einwendungen müssen den Namen und die Anschrift lesbar enthalten, den geltend gemachten Betrag und das Maß der befürchteten Beeinträchtigungen erkennen lassen sowie unterzeichnet sein. E-Mails ohne qualifizierte Signatur erfüllen das Schriftformerfordernis nicht. Bei der Beeinträchtigung von Grundeigentum soll der jeweilige Flur-, Flurstücksnummer und die Gemarkung des betroffenen Grundstücks angegeben werden.

Äußerungen und Einwendungen sind dem Vorhabenträger und den von ihm Beauftragten zur Verfügung zu stellen, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Diejenigen, die Einwendungen erheben, können gemäß § 43a Satz 1 Nr. 2 EnWG verlangen, dass hierfür Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

2. Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 HVwVG.

3. Nach Ablauf der Einwendungs- und Äußerungsfrist, also mit Ablauf des 12.03.2026, sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, für das Verwaltungs- und Klageverfahren ausgeschlossen (§ 43a EnWG i. V. m. § 73 Abs. 4 Satz 3 HVwVG i. V. m. § 21 Abs. 4 Satz 1 UVPG). Diese Rechtsfolge gilt auch für Stellungnahmen der Vereinigungen (§ 73 Absatz 4 Satz 5 HVwVG).

4. Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Liste eine Unterschriften- oder eine Unterzeichnerliste mit ihrem bzw. seinem Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin bzw. Vertreter der übrigen Unterzeichnenden zu benennen (§ 17 Abs. 1 HVwVG). Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben (§ 17 Abs. 2 HVwVG).

Es wird darauf hingewiesen, dass Einwendungen auch dann erhoben werden müssen, wenn zuvor eine Beteiligung im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 HVwVG stattgefunden hat.

5. Auf Verlangen eines Beteiligten, das während der Dauer der Auslegung an das Regierungspräsidium Darmstadt, die Regierung von Unterfranken oder die Kommunen Biebergemünd, Gelnhäuser, Linsengericht, Hasselroth, Freigericht, Rodenbach, Hanau, Großkrotzenburg, Hanau, Alzenau oder Kahl am Main zu richten ist, wird eine alternative, leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zu den Planunterlagen zur Verfügung gestellt; dies ist in der Regel die Übersendung eines gängigen elektronischen Speichermediums, auf dem die auslegenden Unterlagen gespeichert sind (§ 43a Satz 3 EnWG).

6. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 HVwVG und des § 18 Abs. 1 S. 4 UVPG gemäß § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG verzichten.

Ein Erörterungstermin findet gemäß § 43a Satz 1 Nr. 3 EnWG zudem nicht statt, wenn

- Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind,
- die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zurückgenommen worden sind,
- ausschließlich Einwendungen erhoben worden sind, die auf privatrechtlichen Titeln beruhen, oder
- alle Einwender auf einen Erörterungstermin verzichten.

Die Vertretung durch eine bevollmächtigte Person ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Der Erörterungstermin ist **nicht** öffentlich.

7. Die Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin und durch Vertreterbestellung entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

8. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

9. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach dem Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Gemäß § 43b Abs. 1 Nr. 3 EnWG wird die Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) dem Vorhabenträger zugestellt. Im Übrigen wird sie öffentlich bekanntgegeben, indem der Planfeststellungsbeschluss für die Dauer von zwei Wochen auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde mit der Rechtsbehelfsbelehrung zugänglich gemacht wird. Zusätzlich werden in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet, auf das sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, verbreitet sind, der verfügende Teil und die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses sowie ein Hinweis auf die Zugangsmöglichkeit im Internet, bekanntgemacht.

10. Vom Beginn der Auslegung des Planes dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich verteilte oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwere Veränderungen nicht vorgenommen werden; vielmehr treten die Beschränkungen des § 44a EnWG (Veränderungsverbot) in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger des Vorhabens an den vom Plan betroffenen Flächen ein Vorkaufsrecht zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).

11. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,

- dass die für das Verfahren und die Entscheidung zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt ist,
- dass über die Zulässigkeit des Verfahrens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
- dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 16 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
- dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPG darstellt,
- dass weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der zuständigen Behörde erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht werden.

12. Bei dem UVP-pflichtigen Vorhaben werden gemäß § 19 UVPG die Unterlagen nach § 16 UVPG sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die das Vorhaben betreffen, zur Einsicht für die Öffentlichkeit im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ausgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende im Inhaltsverzeichnis der Planunterlagen aufgeführten Unterlagen:

- Teil A: Erläuterungsbericht
- Teil D: UVP-Bericht, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Arten-schutzrechtlicher Fachbeitrag, Natura 2000 -Verträglichkeitsuntersuchungen, Fachbeitrag Wasserarmenrichtlinie
- Teil E: Wasserrechtliche, naturschutzfachliche und forstrechtliche Anträge
- Teil F: Fachgutachten Bodenschutz, schall- und lärm-schutztechnische Gutachten, geologische und hydrogeologische Gutachten, Sicherheitsstudie, Kartierbericht

13. Die Planunterlagen und die ortsüblichen Bekanntmachungen sind für die Dauer des Verfahrens über das UVP-Portal der Länder (<https://www.uvp-verbund.de/>) zugänglich.

14. Aufgrund der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung in o.g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen bzw. abgegebenen Äußerungen/Stellungnahmen einschließlich der darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Nähere Informationen zum Datenschutz in Planfeststellungsverfahren können unter www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/03/13-14_ds-gvo.pdf eingesehen werden.

Regierungspräsidium Darmstadt

RPDA - Dez. III 33.1-78 b 07.02-00010



Öffentliche Bekanntmachung
der Barbarossastadt Gelnhäuser

Amtl. Bek. Nr. 4 / 2026

Absage der Ausländerbeiratswahl am 15. März 2026

Mit Bekanntmachung vom 20. November 2025 forderte ich auf, Wahlvorschläge für die am 15. März 2026 anberaumte Ausländerbeiratswahl einzureichen.

Bis zum Stichtag am 05. Januar 2026, 18:00 Uhr, sind keine Wahlvorschläge für die Ausländerbeiratswahl eingereicht worden. Aus diesem Grund wird die Ausländerbeiratswahl gemäß § 86 a der Kommunalwahlordnung abgesagt.

Für die Dauer der Wahlzeit ist in Gelnhäuser damit kein Ausländerbeirat eingerichtet.

Gelnhäuser, den 6.1.2026

Der Gemeindevorstand
der Barbarossastadt Gelnhäuser
Bastian Metzler



Öffentliche Bekanntmachung
der Barbarossastadt Gelnhäuser

Amtl. Bek. Nr. 5 / 2026

EINLADUNG

zu einer öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses für

Mittwoch, den 14. Januar 2026 um 18:30 Uhr

in den Raum „Bettine von Arnim“ im Forum MKK

Tagesordnung

- 1.) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des letzten Protokolls
- 2.) Bau- und Grundstücksangelegenheiten Verkauf der städt. Grundstücksflächen Gemarkung Meerholz, Fl 16 Flst 406 und 407, Am Viadukt 31
- 3.) Sachstandsbericht Hiebsplanung und Forsteinrichtungswerk
- 4.) Mitteilungen und Anfragen

gez. Mario Röder
Ausschussvorsitzender

– TRAUERANZENGEN –



Bärbel Glück

* 13.12.1938 † 20.11.2025

Danke sagen wir allen,
die uns auf unserem schweren Weg
des Abschiednehmens begleitet
und ihre Anteilnahme auf
vielfältige Weise zum Ausdruck
gebracht haben.

Heike Schafft mit Familie
Marion Glück-Häde mit Familie

85368 Moosburg